Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1138 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 497. Halle, Sonnabend den 23. Oktober 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Unberechtigte Forderungen der Tschechen.

Beratung des Landwirtschaftskammergesetzes in der preußischen Landesversammlung / Polen verweigert die Unterschrift unter den Danziger Vertrag / Ein neuer Artikel Nittis gegen Frankreich / Amerikanische Metzeleien in Haiti.

Autonomie für Oberschlesien!

Autonomie Oberschlesiens innerhalb des Deutschen Reiches, aber außerhalb Preußens, das ist kurz umrissen der Plan und der Wille der Reichsregierung. Noch kürzer: Umwandlung in einen Bundesstaat. Diese Umwandlung muß so rasch wie möglich versprochen werden, um den Zögernden bei der Abstimmung den Rücken für die deutsche Wahl zu stärken. Aber man darf nicht übersehen: Die Umwandlung berührt Preußen und Deutschland, ihre staatsrechtliche Gestaltung und ihre Entwicklung bis in die Grundfesten. Es wäre unnatürlich, wenn eine so folgenschwere Entscheidung nicht vielfache Bedenken und heftigen Widerstand, besonders in preußischen Kreisen verschiedener Parteirichtungen hervorriefe. Man kann aber dem gegenüber nur immer wieder darauf hinweisen, was geschähe, wenn es nicht zur Autonomie-Erklärung käme. Dann nämlich wächst sofort der Freistaat-Gedanke zu gefährlicher Stärke an. Man kann ihn auch die „Neutralisierung" Oberschlesiens nennen. Die Polen unterstützen die Freistaatsbewegung überall, wo sie nicht auf eine vollständig polnische Gesinnung stoßen. Durch versteckte Propaganda, die nicht selten unter dem Deckmantel der Deutschfreundlichkeit erscheint, suchen sie die Schwankenden, die harmlosen und die durch die verworrene Lage nicht Klarsehenden zu verwirren und auf ihre Seite zu bringen. Sie finden hierbei bei denjenigen katholischen Geistlichen bereitwillige Unterstützung, die polnisch gesinnt sind, aber ein offenes Eintreten für Polen scheuen. Neuerdings greift die oberschlesische Freistaatsidee auch auf unbesetzte Teile Schlesiens über und wird von Oberschlesien aus systematisch geschürt, weil man in Oberschlesien erkannt hat, daß ein Freistaat Oberschlesien ohne weite landwirtschaftliche Teile Mittelschlesiens nicht lebensfähig ist. Man ist in den Kreisen der Separatisten seiner Sache sehr gewiß und glaubt nunmehr offen vorgehen zu können. In den unbesetzten oberschlesischen Kreisen links der Oder ist auf dem flachen Lande die Propaganda für eine Losreißung vom Deutschen Reiche und Angliederung an einen zu bildenden Freistaat Oberschlesien unter der Parole „Los von Deutschland" wirksam gewesen, ebenso ist die Bewegung in den Kreisen Namslau und Groß-Wartenburg festgestellt worden. An die alliierte Kommission in Oppeln sind aus verschiedenen Orten des unbesetzten Gebietes bereits Anträge ergangen, die um Zulassung zur Abstimmung in Oberschlesien bitten. Die Bewegung bildet eine große Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches. Dieser Gefahr gegenüberzutreten, hat die deutsche Regierung anscheinend keine Machtmittel. Es bleibt also nur die Aufklärung und ein ehrliches Autonomieversprechen für die Zeit nach der Abstimmung und für den Fall des Deutschbleibens der Oberschlesier übrig. Es ist nicht leicht, vorauszuberechnen, wie die Verkündung der Autonomie auf die große Masse der oberschlesischen Bevölkerung wirken wird. Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse, Selbstverwaltung, Freiheit unter dem Reichsrecht, das sind Begriffe, die nicht in jeden Kopf hineingehen. Man wird ihnen sagen, Oberschlesien solle im Reich dastehen, wie Bayern und damit ist schon ein deutliches Bild gegeben. Wie sehr die Veröffentlichung eines Verfassungsentwurfs eilt, erhellt daraus, daß die Polen bedeutend früher aufgestanden sind, um die Oberschlesier mit einem Autonomieversprechen zu locken, falls das begehrte Gebiet sich „innig" mit Polen vereinige. Am 20 Juli dieses Jahres veröffentlichte das polnische Polizeikommissariat eine solche Vorlage, wonach Oberschlesien eine besondere Wojewodschaft mit besonderer schlesischer Gesetzgebung und mit besonderem obersten Gericht bilden werde. Die Zuständigkeit der schlesischen Gesetzgebung und Verwaltung umfaßt nach jener Vorlage sowiele Gegenstände, daß man von großer Dezentralisation und Selbständigkeit sprechen muß, wenn das Versprechen wirklich ehrlich gemeint ist. Aber abgesehen davon wird in dem polnischen Entwurf geschickterweise nichts davon gesagt, was sich Polen vorbehält. Alles, was ja auch nach Artikel 6 der deutschen Reichsverfassung ausschließlich Reichsgesetzgebung ist, nämlich die Beziehungen zum Ausland, Kolonialwesen, Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Ein- und Auswanderung, Wehrverfassung, Münzwesen, Zollwesen, Post, Telegrafen- und Fernsprechwesen, bleibt auch dem Reich Polen, ebenso wie alles, was im Rahmen der Gesetzgebung nach Artikel 7 der Reichsverfassung liegt. Die Oberschlesier würden also ihr blaues Wunder erleben, wenn sie, was Gott verhüte, unter die Gesetzes- und Verwaltungsherrschaft des verrotteten polnischen Reiches kämen. Diesen Unterschied klar zu machen, sollte auch das angekündigte deutsche Autonomie-Versprechen versuchen.

—er.

Die Tschechei fordert 700 Elbkähne und 90 Schlepper.

In der Donnerstag-Sitzung der sächsischen Volkskammer kam eine Interpellation über die Gefährdung der Elbeschiffahrt durch die tschecho-slowakischen Forderungen zur Verhandlung. Die Tschechen verlangen die Auslieferung von 700 Kähnen zu je 500 Tonnen, ferner von 90 Schleppern, 8 Schwimmkränen sowie aller in der Tschecho-Slowakei befindlichen Hafenanlagen, die Deutschen gehören. Die sächsische Regierung erklärte, daß diese Forderungen ganz unberechtigt seien. Es stehe ein amerikanischer Schiedsspruch zu erwarten. Wenn Deutschland etwa doch verurteilt werden sollte, müsse versucht werden, mit Prag zu einer Einigung zu kommen. Die sächsische Regierung würde sich dann bemühen, berechtigte Wünsche der Tschechen zu erfüllen und überflüssige Eingriffe in das Privateigentum zu verhüten. Zu einer Vermehrung des Schiffsraumes auf der Elbe liege kein Bedürfnis vor.

Der russisch-polnische Friede.

Die Kommission des polnischen Landtages für auswärtige Angelegenheiten prüfte gestern das in Riga unterzeichnete Waffenstillstands-Friedensabkommen. Die Regierung wird dem Landtage eine Vorlage unterbreiten zur Ratifizierung dieses Uebereinkommens. Die Frage von Wilna wird heute nicht zur Erörterung gelangen.

Nach dem „Petit Parisien" trafen mit dem Vorsitzenden der nach Suwalki und Wilna vom Völkerbund entsandten militärischen Kontrollkommission, Oberst Chardigny, auch dessen englische und italienische Kollegen in Brüssel ein. In Wilna seien einzig der japanische und spanische Vertreter der Kommission verblieben. Chardigny werde dem Völkerbundsrat über die Ereignisse berichten und die Maßnahmen vorschlagen, die geeignet sind, den bedauerlichen Zwischenfall so gerecht wie möglich zu regeln. Nach einer Radio-Meldung aus Wilna trafen die Behörden Vorbereitungen zur Einberufung der gesetzgebenden Versammlung.

Die polnische Antwort auf die englisch-französische Note gibt dem Bedauern Ausdruck über das Vorgehen der Truppen, die Wilna besetzt haben und erklärt, Polen sei entschlossen, dem Wunsche des Völkerbundes nachzukommen und sei bereit, den Versuch, die Wilnafrage auf der Grundlage einer unparteiischen Gerichtsbarkeit zu regeln, zu unterstützen.

Danzig.

Wie „Echo de Paris" meldet, weigert sich die polnische Friedensdelegation, den zwischen Polen und Danzig abzuschließenden Vertrag, der von französischen und englischen Sachverständigen ausgearbeitet und vom Völkerbundsrat gebilligt wurde, zu unterzeichnen. Aus diesem Grunde wird die für Sonnabend festgesetzte Unterzeichnung nicht stattfinden können.

Die englisch-französische Spannung.

Wie die Morgenblätter mitteilen, hat die französische Regierung die Antwort auf die englische Note bezüglich der Wiedergutmachungsfrage in London überreichen lassen.

Nitti gegen Frankreich.

Wir wiesen vor einigen Tagen auf die Artikel hin, die Nitti, der Vorgänger Giolittis im Amte, für die amerikanische Presse gegen die Friedensverträge von Versailles und St. Germain geschrieben hat, welche Aufsätze ein Wutgeheul der französischen offiziellen Presse verursachten. Inzwischen hat der frühere italienische Ministerpräsident einen weiteren Artikel geschrieben, in dem es u. a. heißt:

„Deutschland hat nicht jenen Frieden unterzeichnet, den Wilson in seinen Botschaften und Reden verkündet hatte, sondern einen Frieden, den es als unerträglich betrachtet. Und jetzt erleidet es tagtäglich allerhand Demütigungen. In zahlreichen Dokumenten diplomatischer und finanzieller Art hat Deutschland nachgewiesen, daß es den ihm auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommen könne, oder nur in einem geringen Maße. Allerhand Kontrollmaßregeln unterworfen, seiner Schiffe, seiner Kolonien und seiner früheren wunderbaren Organisation im Auslande beraubt, gezwungen, um seine Entschädigungen zu bezahlen, sich in furchtbaren Anstrengungen zu erschöpfen, arbeitet Deutschland nur widerwillig und eine lebhafte Gärung zieht sich durch das Land.

Oesterreich kann in der gegenwärtigen Lage nicht leben, oder nur, indem es die schlimmsten Entbehrungen durchmacht, und es hat den Anschluß an Deutschland nicht vollziehen dürfen. Manche Kreise wollen es sogar zwingen, eine Donauföderation zu bilden." Schließlich richtet Nitti einen dringlichen Appell an die Vereinigten Staaten, „allen Ländern, die den Frieden in Europa weiter bedrohen, jeden Kredit, jede Mitwirkung und jede Verproviantierung zu verweigern".

Die Pariser nationalistische Presse fühlt sich natürlich getroffen, obwohl Nitti Frankreich nicht ausdrücklich nennt, und ergeht sich in bitteren Vorwürfen gegen den immer unbequemer werdenden italienischen Staatsmann.

Amerikanische Metzeleien in Haiti.

Die amerikanischen Zeitungen beschäftigen sich seit geraumer Zeit mit dem Verhalten der amerikanischen Besatzungstruppen in Haiti, San Domingo und Nicaragua. Der Regierung wurde vorgeworfen, daß in diesen Gebieten eine grausame Militärherrschaft ausgeübt werde. Als sich auch der republikanische Präsidentschaftskandidat Harding diese Beschuldigungen zu eigen machte, sah sich Präsident Wilson genötigt, einen höheren Offizier, General George Barnett, nach Haiti zu entsenden. Aus seinem vorläufigen Bericht, den die Regierung als Ganzes nicht zu veröffentlichen wagt, hat sie, der „Voss. Ztg." zufolge, einige Einzelheiten der Presse mitgeteilt, die alles in den Schatten stellen, was die Anklagen behauptet hatten. Barnett hat festgestellt, daß nach Eingeständnis der amerikanischen Offiziere aus Haiti in den 5½ Jahren der Besetzung während der verschiedenen „Pazifizierungsaktionen" nicht weniger als 3250 Neger getötet worden sind. In Haiti ist nach Ansicht des Generals „eine wahllose Niedermetzelung der Eingeborenen seit einiger Zeit vor sich gegangen". Es fehlen ihm die Ausdrücke dafür, daß „eine Pflicht so schlecht von irgendeinem Marinetruppenkörper erfüllt werden konnte". Die Zahl der Toten und Verwundeten ist nach Ansicht des Generals noch viel größer, als von den amerikanischen Militärbehörden in Haiti zugegeben wird, da die Eingeborenen viele Schwerverletzte und die Leichen der Getöteten mit in die Wälder genommen haben.

Die Untersuchung der Vorgänge auf Haiti hat nach einer New Yorker Meldung des „United Telegraph" zu einer Spaltung innerhalb des Kabinetts geführt. Es ist auch ein Verfahren gegen den finanziellen Ratgeber des Staatsdepartements, Mr. Ilhenny, eingeleitet worden, der beschuldigt wird, bei den amerikanisch-haitianischen Geschäften besonders die Interessen von Privatbanken wahrgenommen zu haben. Es verlautet, daß gleich nach den Wahlen Marineminister Daniels, Generalstaatsanwalt Palmer und der Sekretär des Postwesens, Burleson, zurücktreten wollen.

Vom Streik in England.

Eine Glasgower Meldung besagt, die Führer der Bergleute sind aus den verschiedenen Distrikten nach London berufen worden. Es wird erwartet, daß am Freitag eine neue Konferenz stattfinden wird.

Der neue Reichshaushaltsplan.

WTB. Berlin, 22. Oktober. (Drahtnachricht.) Dem Reichstag ist der neue Reichshaushaltsplan zugegangen. Er sieht den ordentlichen Haushalt mit 39 891 562 733 Mark an Einnahmen, 35 343 647 033 Mark an fortdauernden und 4 547 515 750 Mark an einmaligen Ausgaben und im außerordentlichen Haushalt 52 579 319 139 Mark an Einnahmen und an Ausgaben vor. § 2 des Gesetzes ermächtigt den Reichsfinanzminister zur Bestreitung einmaliger ordentlicher Ausgaben 32 841 550 115 Mark durch Anleihen flüssig zu machen und zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse Schatzanweisungen bis zu 6000 Millionen Mark auszugeben. Von den weiteren Paragraphen bindet § 9 Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben an die vorherige Zustimmung des Reichsfinanzministers, die nur in besonders begründeten Ausnahmefällen erteilt werden darf. § 10 setzt den Teuerungszuschlag gemäß § 17 des Besoldungsgesetzes auf 50 vom Hundert fest. § 12 ordnet die Heranziehung der entbehrlich gewordenen Beamten der Militär-, Marine-, Kolonial- und Schutzgebietsverwaltung bei Einstellung von Arbeitskräften bei den Reichsbehörden, ebenso die der ehemaligen elsaß-lothringischen Landesbeamten und Landesangestellten an.

Der neue Besitzsteuergesetzentwurf.

WTB. Berlin, 22. Okt. Die Nachricht, daß der Entwurf des neuen Besitzsteuergesetzes dem Reichstag vorgelegt worden ist, ist, wie die „Germania" aus zuverlässiger Quelle erfährt, nicht richtig. Es gelte zurzeit vor allem, die bestehenden Steuergesetze zur Durchführung zu bringen. Das sei gegenwärtig die Hauptfrage der Regierung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201023015/fragment/page=0001

Amtliche Rehabilitation Dr. Hermes.

WTB. Berlin, 22. Oktober. (Drahtnachricht.) Amtlich. Auf Beschluß des Reichskabinetts hatte der Reichskanzler am 16. ds. Mts. den Reichsinstizminister damit beauftragt, die Sach- und Rechtslage einschließlich der gegen die Person des Reichsernährungsministers und seine Geschäftsführung erhobenen Vorwürfe festzustellen. Die Minister haben nunmehr die Prüfung abgeschlossen, ob und inwiefern die Angriffe den Minister Dr. Hermes unbeschadet seiner staatsrechtlichen und politischen Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag belasten. Auf Grund des Berichtes kam das Kabinett einstimmig zu dem Ergebnis, daß die persönliche Ehrenhaftigkeit des Ministers außer allem Zweifel steht.

„Reaktionsblock in Preußen?"

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Der „Vorwärts", Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wählte in seiner Morgenausgabe vom 20. Oktober als Ueberschrift zu dem Parlamentsbericht über die Preußische Landesversammlung die obige Bezeichnung. Damit sollte die Stellungnahme der Mehrheit zu der Ueberführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat gekennzeichnet werden. Die Regierung hatte auf Grund eines Beschlusses der Landesversammlung dieser eine Gesetzesvorlage zur Ueberführung der Regale an den Staat vorgelegt. Hiernach waren zwischen den einzelnen Inhabern, nämlich den reichsunmittelbaren Standesherren, Verträge für die Abgabe der Privatbergregale an den Staat abgeschlossen. Die Verträge gehen darauf hinaus, den bisherigen Inhabern eine Abfindung zu geben. Die Verträge kann man als günstig für den Staat bezeichnen. Die Reichsverfassung sieht vor, daß die privaten Bergregale auf den Staat zu überführen sind. Ferner ist vorgeschrieben, daß die Privatrechte nur gegen Entschädigung einzuziehen sind oder beschränkt werden dürfen. Der Antrag der Sozialdemokraten, die landesherrlichen Bergregale ohne Entschädigung an den Staat zu überführen, hätte beim Reichstag eingebracht werden müssen. Eine Regierungspartei, wie die sozialdemokratische in Preußen, die zudem die Mehrheit im Staatsministerium besitzt, sollte dem Schrei der Straße nicht in dem Maße nachlaufen, wie es der „Vorwärts" beliebte. Das Gesetz über die Bergregale ist vom Staatsministerium genehmigt, in welchem vier Sozialdemokraten und vier andere Minister vertreten sind, wobei der sozialdemokratische Ministerpräsident bei Stimmengleichheit die Entscheidung zu treffen hat. Der Gesetzentwurf ist unterschrieben von dem Ministerpräsidenten Braun, Finanzminister Südekum und Handelsminister Fischbeck, also von zwei Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei. Es wäre daher richtiger gewesen, den Vorwurf der Reaktion der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bezw. den sozialdemokratischen Ministern vorzuwerfen. Von seiten einer Regierungspartei sollte auch dem Rechnung getragen werden, daß in einem parlamentarischen System die Regierungsparteien im Interesse des Staates zu regieren haben und nicht lediglich aus Stimmenfang für ihre Partei unangebrachte Vorwürfe in die Oeffentlichkeit zu schleudern. So lange die Sozialdemokratische Partei führend in der preußischen Regierung tätig ist, fällt der Vorwurf des Reaktionsblocks auf sie selbst zurück.

Reichsbund Deutscher Technik.

Auf der Bundestagung vom 16. bis 18. Oktober 1920 referierte über den „Techniker im Dienste des Staates" Geheimrat Prof. Dr. Strecker-Berlin. In vielen Fällen werden Techniker mit Hochschulbildung mit Dingen beschäftigt, welche von Mittelschultechnikern ebensogut erledigt werden können. Die Hochschüler müssen eine ihrer Vorbildung entsprechende Tätigkeit erhalten und die Plätze für Mittelschüler freimachen. Der Reichsbund hat gemeinsam mit anderen Verbänden Richtlinien für eine Reform des Verwaltungswesens ausgearbeitet. In der öffentlichen Versammlung am Sonntag in der Bibliothek wurden ebenfalls in einem Referat von Stadtbaurat Jentsch-Berlin über „Die Technik in der öffentlichen Selbstverwaltung" diese Frage ausführlich behandelt. Architekt Kräger-Hannover berichtete als Mitglied des Reichswirtschaftsrates über dessen bisherige Tätigkeit, von dem er sich für die Zukunft auch nützliche Arbeit verspricht. Ein ausführliches Referat über Tagesfragen aus der Kohlenwirtschaft erstattete Ingenieur zur Nedden, Abteilungsleiter im Reichskohlenrat. Er setzte die Möglichkeiten der Kohlenersparnis vom kleinen Privathaushalt bis zur Großindustrie auseinander. Um bei der Kesselfeuerung mit größter Sorgfalt zu arbeiten, sollen Heizerschulen eingerichtet werden. Tiefen Eindruck machten seine Mitteilungen über die Wirkung des Kohlenabkommens von Spa. Aus der geschäftlichen Sitzung ist noch zu erwähnen, daß die Ausdehnung des Bundes die Anstellung eines Bundesdirektors notwendig macht. Zum Vorsitzenden wurde Dahl-Berlin gewählt, zu stellvertretenden Vorsitzenden: Meister-München, Lwowski-Essen. Gerichten-Frankfurt am Main und Gawehn-Dresden gewählt. Auf eine vorliegende Einladung der Stadtverwaltung Essen wird die nächste Bundestagung nach Essen einberufen.

Kommunistenführer als Münzverbrecher.

Das Schwurgericht Braunschweig verurteilte die Kommunistenführer Arbeitersekretär Robert Gehrke und Karl Schwerdt aus Forst i. Lausitz und Berlin wegen vollendeten Münzverbrechens zu vier Jahren Zuchthaus und drei Jahren Gefängnis außerdem zu je fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Zwei mitangeklagte andere Kommunisten erhielten wegen Beihilfe je zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust und ein fünfter Kommunist sechs Monate Gefängnis. Die Hauptangeklagten haben in Braunschweig vier Monate lang 50-Mark-Reichsbanknoten der Ausgabe vom 30. Nov. 1918 angefertigt und mit Hilfe der Mitangeklagten in Mittel- und Norddeutschland in den Verkehr gebracht. Nachweisbar wurden für etwa 30 000 Mk. umgesetzt, die Staatsanwaltschaft hat jedoch Grund zu der Annahme, daß weit höhere Beträge in Frage kommen. Wegen der Höhe der Strafe und zu erwartender Fluchtgefahr lehnte das Schwurgericht sämtliche Anträge auf Haftentlassung ab. Gehrke und Schwerdt sind seit Jahren in Braunschweig, Berlin, im Rheinland und in der Lausitz als Hetzapostel und Streikagitatoren bekannt.

Preußische Landesversammlung.

168. Sitzung. Freitag, 22. Oktober.

Auf eine Anfrage der Sozialdemokraten über die Nichtbeachtung des Erlasses auf Wegschaffung der **Hohenzollernbilder aus Diensträumen** erklärt die Regierung, daß gegen Verstöße eingeschritten werden soll.

Eine Anfrage wegen

Kartoffelversorgung

wird dahin beantwortet, es seien keine Höchstpreise in Aussicht genommen, denn ohne Zwangsbewirtschaftung sei dies zwecklos. Es wird aber den Verbänden anheimgegeben, keine Preise über 25 Mk. zu vereinbaren. Zur Konzessionierung des Kartoffelhandels seien Schritte eingeleitet, wucherische Elemente würden ausgeschlossen werden.

Auf eine Anfrage wegen der

Gemeindebeamtengehälter

wird erwidert, es seien Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet, die den kommunalen Aufsichtsbehörden dieser Tage zugehen werden und eine Besserstellung der Gemeindebeamten bezwecken.

Es folgt die erste Beratung des

Landwirtschaftskammer-Gesetzes.

Abg. Witsch (Soz.): Das alte Gesetz hat sich als verbesserungsbedürftig erwiesen, die neue Vorlage entspricht im allgemeinen unseren Wünschen. Der Kreis der Aufgaben der Kammer ist wesentlich erweitert. Vor allem ist nunmehr endlich auch den kleinen Bauern und den Landarbeitern der Zutritt zu der Kammer eröffnet. Das Gesetz wird ein harmonisches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitern herbeiführen.

Abg. Reinele (Ztr.): Die Erledigung der Vorlage in diesem Augenblick ist unzweckmäßig. Wir hätten warten sollen, bis das Reichsrahmengesetz für die Berufsvertretungen fertiggestellt ist, und dann hätte gleichzeitig mit dem Landwirtschaftskammer- auch ein Handels- und Handwerkskammergesetz vorgelegt werden müssen.

Abg. Graf Kanitz (Dn.): Ich halte es einer Versammlung von denkenden Männern für unwürdig, daß wir jetzt über eine Vorlage beraten sollen, von der wir im voraus wissen, daß sie Stückwerk bleiben muß. Eine Reform der Landwirtschaftskammern wünschen wir auch. Zur Mitarbeit an diesem Gesetz hätten die Landesökonomiekollegien in weit stärkerem Maße herangezogen werden müssen, als es geschehen ist. Der Entwurf macht es zu den Eindruck einer etwas überstürzten Arbeit. Das aktive und passive Wahlrecht zu den Landwirtschaftskammern, das in dem Entwurf von einem Lebensalter von 20 bezw. 25 Jahren abhängig gemacht werde, sollte mindestens um fünf Jahre heraufgesetzt werden. Eine ganz ungenügende Bestimmung ist es, daß Mitglieder von Landwirtschaftskammern nicht Mitglieder der Haupt-Landwirtschaftskammern sein sollen. Ich beantrage die Ueberweisung des Entwurfs an einen besonderen Ausschuß von 29 Mitgliedern.

Abg. Dr. Schreiber (Dem.): Die Bildung von Fachkammern begrüßen wir. Die Selbstverwaltung sollte in stärkerem Maße, als es der Entwurf vorsieht, zur Geltung kommen. Wir halten es für nicht erforderlich, die Vorlage zurückzustellen, bis das sogenannte Reichsrahmengesetz erlassen ist, denn dieses Reichsrahmengesetz tangiert nicht die Dinge, mit denen wir uns hier zu beschäftigen haben.

Landwirtschaftsminister Braun: Die Regierung ist lediglich dem Ersuchen der Landesversammlung gefolgt, in dem sie den Entwurf vorlegte. Wann das Reich sich über das Reichsrahmengesetz klar sein wird, wissen wir nicht. Wir können nicht noch zwei oder drei Jahre warten. Bayern und Württemberg haben auch nicht gewartet. Bei der Ausarbeitung der Vorlage ist den landwirtschaftlichen Körperschaften ausgiebig Gelegenheit gegeben. Ich zu äußern. Die Kammern bekommen jetzt ein sehr viel weitergehendes Besteuerungsrecht als früher, überhaupt ist ihre Rechtssphäre ganz wesentlich ausgedehnt.

Abg. Klaußner (U. S.): Das Gruppenwahlrecht des Entwurfs lehnen wir ab ebenso die erschwerten Bedingungen, die an das aktive Wahlrecht geknüpft sind.

Abg. Stendel (D. Vpt.): Wir wünschen durchaus, daß die Kleinbauern einen verstärkten Einfluß erhalten. Die Sache ist aber nicht so dringlich, daß wir darum dem Reichsrahmengesetz vorgreifen müssen.

Die Vorlage geht an den Landwirtschaftsausschuß.

Hierauf wird die zweite Haushaltberatung bei der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt.

Abg. Haberland (Soz.): Der Abbau der Zwangswirtschaft hat auf allen Gebieten, wo er eingetreten ist, zu sprunghaften Preissteigerungen geführt. So ist es auch auf vielen anderen Gebieten des Verbrauchs, die freie Wirtschaft hat damit ihren vollständigen Bankrott gegen die hohen Abfindungssummen, mit denen die Bezugsberechtigten für die Aufhebung ihrer Regale von der Mehrheit des Hauses bedacht worden sind. In manchen Zweigen der Handelsverwaltung herrscht noch zu starke Bureaukratie, zum Beispiel bei den Eichämtern und der Porzellanmanufaktur. Wir erwarten hier schleunigsten Wandel.

Mittwoch, 27 Oktober, 2 Uhr nachmittags: Fortsetzung.

Schluß 5½ Uhr.

Deutsches Reich.

Unerwartete Wirkung einer deutschnationalen Hetzpredigt. Aus Bischofstein wird der „Königsb. Hart. Ztg." geschrieben: Auch in unser friedliches Städtchen Bischofstein haben in letzter Zeit die Deutschnationalen ihre Rassen- und Klassenhetze getragen. Drei deutschnationale Redner neigeinander haben ihre Antisemitentrompete erschallen lassen. Man hat es denn auch soweit gebracht, daß jüdischen Geschäftsleuten die Fensterscheiben eingeworfen worden sind. Am Mittwoch voriger Woche bemühte sich der deutschnationale Parteisekretär Müller von neuem Klassen- und Rassenhaß zu säen. Gemeinsekretär Stark-Königsberg fand in der Debatte Gelegenheit, die deutschnationale „Politik" in das richtige Licht zu setzen. Seine Ausführungen erzwangen sich

Expressionismus und Ehe.

Von

Martin Feuchtwanger.

(Nachdruck verboten!)

Rudolf kam eines Tages mit verlegenem Gebahren zu mir und teilte mir mit, daß er sich verlobt habe. Mit Meta, die ich auch kannte.

„Was sagst du zu der Verlobung?" fragte er

„Was ich sage? Ich wünsche dir von Herzen Glück. Ich freue mich. Gönne sie dir. Sie ist ein solides, ordentliches Mädchen und du wirst sicher glücklich mit ihr werden."

„Ja . . . schon . . Aber weißt du, ich fürch e, sie wird schrecklich enttäuscht sein von mir. Du muß wissen, ich bin den ganzen Tag über im Geschäft, bei den Stoffen, Hemden, Hosen, Strümpfen und Schürzen. Spät am Abend mache ich meine Eintragungen. Du darfst mir glauben, ich muß schwer arbeiten, um das alles in Ordnung zu halten und einen kleinen Gewinn herauszuschlagen. Und da . . . Weißt du, ich bin kein ungebildeter Mensch, aber Meta geht gerne ins Theater und sie hat allerhand Unterricht nach der Schule noch gehabt. Ich will dir sagen, o Gott, mir wird angst und bange, wenn ich daran denke, ich weiß nichts von all diesen Dingen, nichts, gar nichts, ich weiß nichts vom Expressionismus und vom Dadaismus und vom Futurismus. . . Du mußt mir helfen, du mußt, hörst du . . . Ich werde ein unglücklicher Mensch, wenn ich nicht genau erfahre, ganz genau, was das alles ist. Naturalismus, Expressionismus, Futurismus und so."

„Beruhige dich, lieber Rudolf, es ist viel wichtiger, deine Stoffe, deine Hemden, Hosen und Schürzen genau und solid zu kalkulieren, als zu wissen, was der Expressionismus ist und der Naturalismus. Uebrigens darfst du das Eine nicht vergessen: Dadaismus und Kubismus und dergleichen Erscheinungen sind minderwertiges, nicht ernst zu nehmendes Zeugs. Der Expressionismus dagegen . . ."

„Stehst du, stehst du . . . O Gott, woher soll ich das wissen?! Daß der Expressionismus nicht taugt . . ."

Um ihn zu beruhigen, gab ich ihm die Erlaubnis, mich sofort auf meinen täglichen Spaziergängen zu begleiten. Wir würden uns dann über Literatur unterhalten.

Zwei Tage später kam Frau Sophie Breitschneider, Gattin des Möbelhändlers Wilhelm Breitschneider und Mutter der Braut Meta, zu mir, ließ sich Glück wünschen und meinte, die Ehe lege doch große Verpflichtungen auf. Wenn eine Frau einmal verheiratet sei, dann komme sie vor Haushalt nicht mehr dazu, sich um ideale Dinge zu bekümmern. Und der Bräutigam, Herr Rudolf Ehrsamer, sei ein so netter und immerhin etwas romantisch veranlagter Mann und kurz und gut, sie bitte mich, Meta vor der Hochzeit noch einige Literaturstunden zu geben. Mit der Zeiteinteilung allerdings . . . Die Aussteuer . . die Wohnungssuche . . . die vielen Briefe . . . Wir konnten in der Tat keine geeignete Zeit herausknobeln und verschoben die Angelegenheit um 14 Tage.

Einmal hatte Rudolf keine Zeit, mich auf meinem Spaziergang zu begleiten. Einmal mußte ich die Begleitung ablehnen, da ich einen Entwurf mit mir herumtrug. Und wenn wir uns trafen, hatte er so viel zu erzählen von der Wohnungssuche, von den teuren Möbeln und der Bilsung, daß wir nicht zum Expressionismus kamen. „Aber das nächste Mal bestimmt!" sagte er zum Schluß. „Ich muß das wissen von den Kunstrichtungen. Man hat doch schließlich auch seine Ideale."

Aus den Stunden von Fräulein Meta wurde es nichts. Mein Gott, die Besuche und die Vorbereitungen zur Hochzeit . . .

Nun sind sie verheiratet. Sie hilft ihm im Geschäft und wenn sie spät am Abend fertig sind mit den Geschäftsbüchern, dann liest Meta dem Rudolf ein hübsches Gedichtchen aus der Zeitung vor. Ab und zu komme ich am Abend zu ihnen und dann erzählen sie mir von den teuren Preisen und der höhischen Politik und von der Konkurrenz und von der Unsolidität der Fabrikanten, die niemals die prima Ware liefern wollen, die so nötig wäre. Sie lieben sich, sie bewundern sich, sie zanken sich, sie kennen sich gegenseitig ganz genau. Keines braucht vor dem anderen etwas zu verbergen und keines hat es mehr nötig, sich bei mir nach dem Expressionismus zu erkundigen.

Vorlesungen über Zeitungswesen.

Eine Reihe von Vorlesungen über Zeitungswesen ist an der Universität Münster für das bevorstehende Winterhalbjahr angekündigt. Es werden lesen: Ausgewählte Fragen des Zeitungswesens, die Anfänge des Zeitungswesens, Prof. Meister; Presse und Politik, Dr. Teichmacher; Der verantwortliche Redakteur, Prof. Rosenfeld; Handelsteil und Wirtschaftskonjunktur, Prof. Plenge; Presse und Literatur, Prof. Schwering; Der Staat und die öffentliche Meinung, Prof. Bühler; Die Aufgabe der Preßgesetzgebung, Prof. Bühler; Die Technik des Zeitungswesens, Dr. Castelle; Presse und Kirche, Dr. d'Ester; führende Männer der Presse, Dr. d'Ester; Die deutsche Presse, Dr. Castelle. — Historisches Zeitungspraktikum: Uebungen mit Anleitung zu wissenschaftlichen Arbeiten aus dem Gebiet Zeitungsforschung, Dr. d'Ester; Zeitungsgeschichtliches Zeitungspraktikum: Zeitgeschichte und Stilkritik, Prof. Meister und Dr. d'Ester. — Zeitungspraktika des Staatswissenschaftlichen Instituts (Fortlaufende Besprechung der Entwicklung und der Tagesfragen unter Zugrundelegung führender Zeitungen und des sonstigen Nachrichtendienstes). — Politisches Zeitungspraktikum: Aeußere Mächtekonstellation u. innere Parteipolitik, Dr. Teichmacher; Wirtschaftliches Zeitungspraktikum: Deutscher und internationaler Geld- und Kapitalmarkt, Dr. Kemény, V. d. J.: Wirtschaftsstände und allgemeine Entwicklung der Vereinigten Staaten, Prof. Plenge.

Kunst und Wissenschaft.

Cäsar Flaischlens Beisetzung. Cäsar Flaischlen wurde auf dem Stuttgarter Hauptfriedhof unter außerordentlicher Teilnahme zu Grabe getragen. Nach einleitendem Gesang gab der Geistliche eine ergreifende Schilderung von Flaischlens Leben und Wirken, indem er hervorhob, daß seine Dichtungen Tauben den Sonnenschein gebracht hätten. Geheimrat Günther sprach im Namen des Schwäbischen Schiller-Vereins. Auch der „Literarische Klub", das Landestheater sowie die Vereinigung der Stuttgarter Buchhändler ließen Kränze niederlegen.

25 Jahre deutscher Bühnenspielplan. Mit dem eben erschienenen September-Heft beginnt der vom Deutschen Bühnenverein herausgegebene „Deutsche Bühnenspielplan", der monatlich die Repertoire fast aller deutsch spielenden Theater veröffentlicht, seinen 25. Jahrgang. Seit 1908 erscheint die Zeitschrift bei Oesterheld & Co., Berlin W. 15.

Der Nobelpreis für Literatur. Nach einer englischen Meldung hat die spanische Akademie der Wissenschaften die Mitteilung erhalten, daß der diesjährige Nobelpreis für Literatur Jacinto Benavente zuerteilt werden solle. Benavente gilt als der bedeutendste spanische Dramatiker der Gegenwart, als Führer der neuen spanischen Literatur.

Uraufführungen. „Hans von Huttens Buße", das Erstlingswerk eines jungen Berliner Autors, gelangte am 21. Oktober im Landestheater Stuttgart zur Uraufführung. Weitere Aufführungen finden am Staatstheater Dresden (im Januar) und Schauspielhaus Frankfurt statt. — Das neue Bühnenwerk von Max Jungnickel wird am 11. November am Schauspielhaus Leipzig und Landestheater Meiningen gleichzeitig zur Uraufführung gebracht, am 30. Oktober die Uraufführung von H. J. Rehfischs Drama: „Der Chauffeur Martin" am Deutschen Theater Berlin und Nationaltheater Mannheim. — Ende Oktober wird Peter Eages Drama: „Die Geige" in Mühlhausen (Thür.) und Ende November Karl Tietjens Komödie „Die Perücke" in Guben uraufgeführt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201023015/fragment/page=0002

allgemeine Aufmerksamkeit und erhielten zum Schluß fast ungeteilten Beifall. Ohne jede Anregung seitens des Debatteredners traten unter dem Eindruck seiner Ausführungen sofort Männer und Frauen aller Stände und Konfessionen in stattlicher Zahl zusammen und gründeten einen Ortsverein der Deutschen Demokratischen Partei für Bischofstein und Umgegend. Den provisorischen Vorsitz übernahm Kantor Schlarowski-Bischofstein. So hatte sich die konservative Radau- und Hetzpolitik als jene Kraft bewährt, die Böses will und Gutes schafft.

Die Verhandlungen auf der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Hannover ergaben ein Bild der Schwierigkeiten wirtschaftlicher und anderer Natur, mit denen das deutsche Zeitungsgewerbe jetzt zu kämpfen hat. Besonders drückend ist die Frage der Beschaffung des Druckpapiers, die von der Kohlenwirtschaft und der Ruhe im Lande unbedingt abhängt und besonders gefährdet wird durch die neuen riesigen Holzforderungen der Entente. Die Hauptversammlung gedachte der hart bedrohten Zeitungsverleger in den besetzten Gebieten, denen infolge der Gefährdung der Pressefreiheit das Recht der freien Meinungsäußerung, das Recht, sich restlos für das Deutschtum einzusetzen, geschmälert, wenn nicht genommen ist und forderte die Regierung auf, gegen diese Beschränkung entschieden Einspruch zu erheben.

Generalstreik der Staatsarbeiter in Bremen. Eine Versammlung der Bremer Staatsarbeiter, die gestern abend im Gewerkschaftshause stattfand, beschloß, heute morgen in den Generalstreik zu treten. Die Gas-, Wasser- und Lichtversorgung der Stadt ist eingestellt.

Angestelltenstreik in Erfurt. Die kaufmännischen Angestellten haben den Spruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt und werden voraussichtlich am Montag in den Streik treten. Die Transportarbeiter wollen sich ihm anschließen.

Auslands-Rundschau.

Die Hungersnot in China. Nach noch nicht vollständigen Berichten der Missionsstellen aus Tschili, Schantung, Funan und Shansi sind mehr als zehn Millionen Menschen durch die Hungersnot betroffen.

Brand in der Londoner Hopfenbörse. In der Hopfenbörse in London am Südufer der Themse brach heute nachmittag ein Brand aus. Der Schaden wird auf 1½ Millionen Pfund Sterling eingeschätzt.

Halle und Umgebung.

Halle, den 23. Oktober 1920.

16. Provinzialsynode der Provinz Sachsen.

3. Vollsitzung.

Die dritte Sitzung der Provinzialsynode wurde durch eine von Srp. Lüdecke gehaltene Andacht eröffnet. Syn. Steiner berichtet über den Antrag des Verbandes der Predigerwitwenkassen der Provinz betr. Hinterbliebenenversorgung der Geistlichen. Nach lebhafter Besprechung, in der u. a. festgestellt wird, daß unter den 600 Witwen der Provinz keine einzige ist, die wohlhabend genannt werden kann, wurde ein Antrag mit dem Abänderungsvorschlag D. Pasche angenommen, daß die Gleichstellung der Alt- und Neuhinterbliebenen möglichst bald herbeigeführt werden solle, und zwar dergestalt, daß die Bezüge der Hinterbliebenen aus den Prediger-Witwenkassen, Pfarrwittümern und Stiftungen nicht angerechnet werden. Jede Doppelbelastung für die Hinterbliebenenfürsorge ist gesetzlich zu beseitigen. Nach kurzen Berichten der Syn. Steiner, Bürger, Kötteritz, Eiselen Stumvoll, Behrendsen und Rungwerth wurden erledigt: Antrag betr. Gleichstellung der Alt- mit den Neupensionären. Zur Abhaltung von Konferenzen für Gemeindehelfer wurden Mittel bewilligt, desgl. für Diasporageistliche, für die Flußschifferseelsorge, für Teilnahme der Geistlichen an den Ausbildungskursen, für Leiter ländlicher Fortbildungsschulen, für den Stadtverein für Innere Mission und den Provinzialausschuß. Höhere Beiträge erhalten in Erkenntnis der Bedeutung und Notwendigkeit ihrer Arbeit die kirchliche Jugendpflege und der Evangelisch-soziale Preßverband.

Syn. Nicolai berichtete über den kirchlichen Ausweis.

Die Notwendigkeit eines Ausweises wurde anerkannt, aber eine andere Form gefordert. Schließlich wird der Antrag des Ausschusses für Innere Mission mit dem Abänderungsvorschlag Meinhof angenommen: Nachdem die bisherigen kirchlichen Ausweise sich bis jetzt nicht genügend in ihrer Wirkung bewährt, aber stets steigende Kosten verursacht haben, empfiehlt es sich, dieselben nicht mehr seitens der Provinzialsynode auszugeben. Unter starker Betonung der Notwendigkeit einer anderweitig möglichst zentralen Neuregelung des kirchlichen Meldewesens wird die weitere schleunige Behandlung der Angelegenheit dem Provinzialsynodalvorstand überwiesen.

Syn. Hoffmann erstattete ausführlichen Bericht über den Haushaltsplan des Gesangbuchfonds. Das Provinzialgesangbuch ist in den 95 Kirchenkreisen folgendermaßen verbreitet: am wenigsten im Bezirk Magdeburg mit 31 Proz., Merseburg mit 82 Proz., Erfurt mit 70 Proz. Die Kirchenkreise der Altmark und der drei Grafschaften halten mit besonderer Liebe an ihren alten Gesangbüchern fest.

Zur Aus- und Fortbildung von kirchenmusikalischen Kräften wurden 12 600 Mark bewilligt. Der Lehrgang für Glockenprüfer ist ebenfalls aus dem Gesangbuchfonds bestritten worden. Es wurde ein Antrag auf Druck der Gesangbücher ohne Noten angenommen. Aus Mitteln des Gesangbuchfonds wurden nach Bericht des Syn. Kämmerer folgende Beihilfen bewilligt: den Gemeinden Biederitz, Magdeburgerforth, Oelzen, Hochheim, Dachwig und Schradenkolonie; für das Cecilienstift in Halberstadt 2000 Mk., das Diakonissenhaus in Halle 4100 Mk. und für die Stadtmission in Halle 2000 Mk. Der Gesangbuchshaushalt hält die Wage mit 21 284.75 Mk. Für Stempelgebühr werden von kirchlicher Seite nur 0,25 Mk. für jedes Gesangbuch erhoben.

Betr. des Religionsunterrichtes liegen zwei Anträge vor, über die Syn. Jacob berichtet. Es wurde festgestellt, daß der Erlaß des Ministers vom 29. Nov. 1918 betr. Verbot von Aufgaben für den Religionsunterricht durch Erlaß vom 1. April 1919 ausdrücklich aufgehoben ist und deshalb keine Rechtsgültigkeit mehr besitzt. Prov.-Synode sprach ihre Freude darüber aus und bat das Konsistorium, diese Tatsache bekanntzugeben.

Vaterländische Gedenkfeier im NSC.

In Halle besteht eine Reihe nichtakademischer farbentragender Verbindungen, von denen sich die das Prinzip der Reife für Obersekunda durchführenden Korporationen als NSC-Korps zum NSC-Hallensis zusammengeschlossen haben. Es sind dies: NSC-Korps Hanse, NSC-Korps Marcomania, technische Verbindung im WCV. Salingia, NSC-Korps Teutonia, NSC-Korps Wettinia. Diese zum NSC. vereinigten NSC.-Korps hatten am 18. Oktober im großen Saale von Mars la Tour eine gemeinsame vaterländische Gedenkfeier des 18. Oktober 1813, dem Tage der Befreiung Deutschlands vom fremden Joche. Die Leitung hatte das NSC.-Korps Wettinia. Während des ersten Offiziums führte die Wettinia das Präsidium und auch das Kontrapräsidium sowie während des ganzen Abends das Fuchsmajorat. Das Präsidium des zweiten Offiziums lag bei den Hansen, das der Fidulität bei den Markomannen. Das Kontrapräsidium des zweiten Offiziums und der Fidulität lag bei den Salingern.

Die Activitas der NSC.-Korps war vollzählig erschienen, ebenso eine große Anzahl hiesiger und auswärtiger a. H. a. H. und viele Gäste, darunter auch die Väter der Aktiven. Viele a. H. a. H. der schon seit teilweise 50 Jahren bestehenden altehrwürdigen NSC.-Korps sahen mit Begeisterung den vaterländischen Gedanken altbewährter Treue den dem Vaterlande dienenden Couleurgebenden gegenüber wieder aufleben. Begeisterte Reden und die lieben alten Lieder aus der Lahrer Bierfibel ertönten. Der Wettiner Präside sprach zündend über einst und jetzt und man versprach sich Schulter an Schulter mit den akademischen Verbindungen für das Vaterland einzustehen und nicht nur in großen Augenblicken, sondern auch in der nüchternen Tagesarbeit im Berufe. Viele der a. H. a. H. und auch Aktive befinden sich in leitenden Stellungen im Wirtschaftsleben und wollen auch da stets dem Vaterlande getreu sein.

Der Markomannenpräside Marbod feierte in begeisterten und begeisternden Worten die a. H. a. H., von denen besonders aus der Hansa, die fast alle a. H. a. H. als Offiziere ins Feld gesandt hat, über die Hälfte für das Vaterland den Opfertot gestorben sind. Die aber, die noch da sind von den alten Herren aller NSC.-Korps wollen treu zum alten Banner stehen. Blüh im Glanze neuen Glückes, blühe deutsches Vaterland. Wie Eisen ins Blut floß das Markomannenlied mit den Schlußversen: Der Markomannen Hochgeschlecht hält Treue ohne Ende, will treu der Freundschaft deutsch und klar und treu der Pflicht sich weihen und kann nur leben schlicht und wahr im Deutschen Reich der Freien.

Stadtmission. Am nächsten Sonntag, abends 8¼ Uhr, spricht Stadtmissionar Elze über „Die empfindlichste Teuerung" im Stadtmissionshaus, Weidenplan 4.

Provinzial-Nachrichten.

() **Torgau**, 22. Oktober. (Ein 79 Jahre alter Handwerksbursche,) der Schuhmacher August Kräjer aus Kyritz bei Neu-Ruppin, wurde von der Polizei auf der hiesigen Herberge aufgegriffen und in Gewahrsam genommen. Sein Gepäck hat ihn verdächtig gemacht, er hatte nämlich in seinem Rucksack 1 frischgewaschene, aber noch ungerollte Damen-Nachtjacke, 1 feines Herrennachthemd, 1 gutes weißes Herrenhemd, 2 Paar gute schwarze und 1 Paar graue Damenstrümpfe, 1 Paar schwarze Kinderstrümpfe, 3 Paar rotbraune Herrensocken, 2 Paar graue Herrensocken. Er will all das geschenkt erhalten haben, die Polizei hält aber für möglich, daß er die Sachen gestohlen hat. Weiter hatte er in einer schwarzledernen Geldtasche mit 5 Fächern etwa 1600 Mark in 20-, 5-, 2- und 1-Markscheinen, sowi eine Anzahl Reisebrotmarken.

!! **Weißenfels**, 22. Oktober. (Heirat und Wohnungsnot.) Am vergangenen Sonnabend wurden von 7 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags vor dem hiesigen Standesamt 24 Ehen geschlossen, ein Rekord, der bisher in Weißenfels noch nicht erreicht wurde. 14 Trauungen an einem Ostersonnabend kurz vor dem Kriege soll bisher das höchste gewesen sein. In diesem Jahre — vom 1. Januar bis jetzt — sind bereits doppelt soviel Ehen geschlossen worden als während des ganzen Jahres 1913 überhaupt. Von eigener Wohnung kann natürlich bei dem weitaus größten Teile der Eheschließenden infolge des herrschenden Wohnungsmangels gar keine Rede sein. Die meisten jungen Paare suchen eben bei den Eltern oder Verwandten unterzukommen. Interessant ist auch, was man über das Alter der Eheschließenden erfährt. Es war ein hoher Prozentsatz der Heiratskandidaten noch nicht 21 Jahre alt und hat erst gerichtsseitig für volljährig erklärt werden müssen, um eine Ehe eingehen zu können. Vergangene Woche zum Beispiel war der jüngste Ehe„mann" 18, die jüngste „Frau" kaum 16 Jahre alt.

;; **Gera**, 22. Oktober. (Was alles Luxus ist.) Das Reich sucht immer neue Luxussteuern zu schaffen und so besteht die Absicht, Bettvorleger und Läuferstoffe — schmale Webwaren, hergestellt aus den minderwertigsten Spinnstoffen — neben der Umsatzsteuer mit Luxussteuer zu treffen. Dadurch würden die Teppichwebereien in Münchenbernsdorf und Gera, in denen fast ausschließlich solche Waren hergestellt werden, auf das schwerste geschädigt. Mit Unterstützung von Arbeitervertretern werden deshalb, wie die Thüringer Ztg. „Das Volk" berichtet, die in Frage kommenden Fabrikanten bei den Reichsstellen vorstellig, diese zu überzeugen, daß jene Webwaren als Luxusgegenstände nicht verwertet oder als solche bezeichnet werden dürfen.

? **Jena**, 22. Oktober. (Brandstiftung.) Aus verschiedenen Orten Thüringens werden in letzter Zeit auffallend viele Brände von landwirtschaftlichen Anwesen gemeldet. In allen Fällen wird Brandstiftung vermutet. Zahlreiche Anzeichen lassen darauf schließen, daß den Landwirten von abgewiesenen Hamsterern der rote Hahn auf das Dach gesetzt wurde. In landwirtschaftlichen Kreisen herrscht darob starke Empörung.

(;) **Hildburghausen**, 22. Oktober. (Ein französischer Kriegsgefangener,) der längere Zeit im benachbarten Massenhausen bei einem Landwirt zur Arbeitsleistung eingestellt war, versprach einem dortigen Mädchen die Heirat. Nachdem der Kriegsgefangene nach Ausbruch der Revolution in seine Heimat entlassen worden war, kehrte er vor kurzem wieder hierher zurück und ehelichte vor einigen Tagen das Mädchen, das ihm nun in seine Heimat folgen wird.

Vermischtes.

Billigere Kartoffeln. Mehrere tausend Arbeiter sind aus Ludwigshafen in den letzten Tagen in demonstrativer Weise auf die pfälzischen Dörfer hinausgezogen, um die Kartoffelpreise gewaltsam herabzusetzen. In Oggersheim wurden im Verlauf der Demonstrationen Fabriken, Wohnungen und Scheunen erbrochen und die Vorräte geplündert.

30 Personen bei einem Eisenbahnunfall verletzt. Bei Singen am Hohentwiel ist ein von Konstanz kommender Güterzug entgleist, wobei ungefähr 14 Wagen schwer beschädigt wurden. Soweit bisher festgestellt ist, wurden etwa 30 Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Die Ursache des Unfalles ist noch nicht mit Sicherheit aufgeklärt.

Die ausgebrochene Film-Hyäne. Ein aufsehenerregender Zwischenfall ereignete sich bei einer Filmaufnahme in den Gosener Bergen. Bei der Darstellung einer Wüstenszene sollte u. a. eine Hyäne mitgekurbelt werden. Die Hyäne wurde von dem Dompteur August Winkler vorgeführt. Man hatte zu Beginn der Aufnahme ein größeres Terrain umgittert und das Tier in die Umgitterung hineingelassen. Nachdem die Aufnahme ziemlich vollendet war, brach das sich äußerst wild gebärende Wüstentier plötzlich aus. Nur mit Mühe gelang es den Darstellern, sich in Sicherheit zu bringen. Der Dompteur mit seinem Gehilfen machte sich sofort auf die Verfolgung und nach einer Stunde gelang es auch schließlich, das Tier in die Sümpfe der Gosener Berge zu treiben. Die Verfolger gerieten bis zum Oberkörper in den Sumpf, und nur unter großer Anstrengung gelang es, das gefährliche Tier zu fesseln. Dabei trugen seine Bezwinger zahlreiche Bißwunden davon.

Massenohnmachtsfälle im Postauto. Ein eigenartiger Unfall ereignete sich auf der Postautolinie Potsdam—Lehnin—Brandenburg. Der Wagen war überfüllt; denn statt normalerweise 18 Personen wurden 30 Personen aufgenommen. Kurz vor dem Block 69 zwischen Lehnin—Brandenburg stellte es sich heraus, daß zehn Personen ohnmächtig im Wagen lagen. Brandenburger Postbeamte benachrichtigten sofort einige Aerzte, die feststellten, daß die ohnmächtigen Personen an Vergiftungserscheinungen erkrankt waren. Die Vergiftungen waren darauf zurückzuführen, daß Abgase in das Innere des Postautos eingedrungen waren. Die Fahrgäste lagen wie in einer Narkose. Unter den Insassen des Autos befand sich auch der Postvorsteher von Lehnin. Durch künstliche Atmung wurden die Erkrankten, die in Brandenburg untergebracht wurden, ins Bewußtsein zurückgerufen. Es ist anzunehmen, daß der Unfall auf einen Schaden an der Heizvorrichtung des Postautos zurückzuführen ist. Die meisten Ueberland-Autobusse sind mit Heizvorrichtung versehen, die durch die Abgase des Motors angewärmt wird. Auffällig ist nur, daß die Reisenden nicht rechtzeitig durch die übelriechenden Abgase, die aus der direkten Holzleitung in das Innere des Wagens gelangten, auf die Gefahr aufmerksam gemacht wurden.

Neue Oelquelle in Kanada. Der Präsident der Imperial Oel Company bestätigt, daß in der Nähe von Norman in Kanada eine Oelquelle angebohrt wurde mit einem täglichen Ertrage von 12 bis 15 000 Faß Petroleum.

Der Popocatepetl in Tätigkeit. Aus Mexiko ist ein Ausbruch des Vulkans Popocatepetl gemeldet, dem Lavaströme und Dampfwolken entstiegen. Die Bewohner der Dörfer und Städte fliehen.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Der Kampf um die Erfurter „Tribüne".

Erfurt, 22. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Auf Befehl der Geschäftsinhaber der „Tribüne" (des U. S. P. D.-Blattes) wurde wegen der Spaltung der U. S. P. D. die Zeitung geschlossen, die Kassengeschäfte wurden abgewickelt und die K. P. D.-Zeitung entlassen. Gestern gegen 6 Uhr abends forderte die „Tribüne" Schutz an, weil die K. P. D.-Redakteure versuchten, von der Zeitung Besitz zu ergreifen. Sie wurden durch Beamte der Sicherheitspolizei abgewiesen. Zu Gewalttätigkeiten ist es vorläufig nicht gekommen. Es schweben noch Verhandlungen zwischen dem rechten und linken Flügel der U. S. P. D.

Die gefährliche Entwicklung im englischen Bergarbeiterstreik.

DN. **London**, 22. Okt. (Eig. Drahtnachricht.) Die gefährliche Ausdehnung, die die Streikbewegung in den letzten 24 Stunden erfahren hat, stellt England vor eine der bedrohlichsten Krisen, die es in seiner ganzen Wirtschafts- und politischen Geschichte je erlebt hat. Der noch in den ersten zwei Tagen des Streiks bei Presse und Publikum reichlich vorhandene Optimismus in bezug auf eine baldige Beilegung des Streiks zwischen Bergarbeitern und Zechenherren ist einer sehr pessimistischen Auffassung gewichen. Ob überhaupt noch ein vermittelnder Ausgleich zwischen den streitenden Parteien möglich scheint, muß nach dem sehr entschiedenen Eingreifen der Trade-Union außerordentlich bezweifelt werden. Nachdem sämtliche Gewerkschaften mit dem Eintritt in den Generalstreik gedroht haben, falls die Regierung nicht innerhalb 24 Stunden die Forderung der Bergleute befriedige, nachdem auch die Eisenbahner die Regierung vor ein Streikultimatum unzweideutigster Art gestellt haben, gibt es für die Regierung überhaupt nur noch die Alternative: Biegen oder brechen. Man muß sich nur einmal klar machen, was die Verwirklichung der Generalstreikdrohung sämtlicher Gewerkschaften einschließlich der Eisenbahner bedeuten würde, um sofort zu erkennen, daß in diesem Falle die Stunde für das Kabinett Lloyd George geschlagen haben würde. Sein Rücktritt wäre ebenso unvermeidlich wie die Ausschreibung von Neuwahlen.

Die Bergarbeiter haben nun neue Forderungen bekanntgegeben. Sie sind bereit, wie der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Hodges, der Oeffentlichkeit mitteilte, die Produktion tatkräftig zu fördern, falls ihnen eine Kontrolle der Produktion mit den Grubenbesitzern gemeinsam eingeräumt wird. Auch bestehen sie auf der sofortigen und bedingungslosen Lohnerhöhung von zwei Schilling. Nach wie vor sucht die Regierung alle Türen und Wege zu neuen Verhandlungen offen zu halten. Da aber die Regierungsvorschläge die Lohnerhöhung noch immer mit Erhöhung der Kohlenproduktion verknüpfen, scheint jede Aussicht auf eine Angleichung der beiderseitigen Standpunkte angesichts der vorbezeichneten neuen Bergarbeiterbedingungen nahezu ausgeschlossen. Inzwischen übt der Streik immer tiefer in die Wirtschaftsmaschinerie des Landes eingreifende Wirkungen aus. Nicht nur, daß bereits über 1000 Industriebetriebe stilliegen, durch neue Schließungen weitere 200 000 Arbeiter auf die Straße gesetzt werden, 50 000 Hafenarbeiter feiern, machen sich auch die Folgen des Streiks im Verkehrsleben immer heftiger fühlbar. Die South Western Company hat ihren gesamten Passagier- und Frachtverkehr zwischen St. Malo und Southhampton einstellen müssen. Von Sonntag ab wird auch der Verkehr zwischen London und dem Kontinent auf ein Minimum beschränkt werden. Nur je ein Zug täglich wird nach Dover gehen, die Verbindung zwischen Folkestone und Boulogne wird ganz eingestellt werden.

Hilferuf der englischen an die deutschen Arbeiter?

WTB. **London**, 22. Okt. (Drahtnachricht.) Reuter. Die Meldung, daß die britischen Arbeiter sich an die deutschen Arbeiter um Unterstützung gewendet haben, wird in London offiziell in Abrede gestellt.

Schiebungen nach der Tschechoslowakei.

WTB. **Plauen i. V.**, 22. Okt. Gestern sind auf dem hiesigen oberen Bahnhof wiederum zehn mit zerschlagenen Geschützteilen von Panzerwagen usw. beladene Wagen angehalten worden, die wie die Ende September beschlagnahmte Sendung für eine große Eisengießerei in der Tschecho-Slowakei bestimmt war. Die Sendung kam von Wiederitzsch bei Leipzig von derselben Firma wie die erste.

Ein gefährlicher Gast.

WTB. **Stockholm**, 22. Okt. (Drahtnachricht.) Sinowjew ist die erbetene Ermächtigung durch Schweden nach Rußland zurückkehren zu können, nicht erteilt worden.

Die neue Nummer
des
Sächs. Thür. Pferdesport
mit Formen und Voraussagen
soeben erschienen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201023015/fragment/page=0003

Sport der „Saale-Zeitung“.

Rennen zu Grunewald.

1. Preis von Erxleben. 16 000 Mk. 2000 Meter. 1. Brise (Tarras), 2. Memento, 3. Carolus. Tot.: Sieg 17, Platz 32, 25, 46:10. Ferner liefen: Heilkünstler, Gedinge, Gilgenburg, Reinweis, Bandel, Perseus, Romberg, Gero, Larissa.

2. Waldfried-Rennen. 27 000 Mk. 1200 Meter. 1. Flüchtling (Olejni.), 2. Liebesgott, 3. Arenstein. Tot.: Sieg 106, Platz 34, 18:10. Ferner liefen: Träumer, Famulus.

3. Durchgänger-Rennen. 40 000 Mk. 1400 Meter. 1. Perlschnur (Janed), 2. Romanze, 3. Skarabae. Tot.: Sieg 35, Platz 14, 23, 17:10. Ferner liefen: Optimist, Kolmerhof, Baldur, Armenier.

4. Kinder Trostrennen. 16 000 Mk. 1000 Meter. 1. Rosenfels (Tarras), 2 Birkenreis, 3. Wolkenschieber. Tot.: Sieg 127, Platz 28, 38, 48:10. Ferner liefen: Ordensritter, Trompeter II, Rosendorn, Snob, Maral, Prinzeß Pumfia, Brandenburg, Danae, Margarete, Quälgeist, Eva.

5. Botschafter-Rennen. 30 000 Mk. 2800 Meter. 1. Einsiedler (Janed), 2. Peterwardein, 3. Palestro. Tot.: Sieg 14, Platz 11, 14:10. Ferner lief: Persicus.

6. Jugend-Ausgleich. 27 000 Mk. 1400 Meter. 1. Cassian (H. Schmidt), 2. Sarras, 3. Rose Marie. Tot.: Sieg 22, Platz 17, 68, 47:10. Ferner liefen: Douschka, General, Exlibris, Sternbild, Flandern, Schneerose, Horst, Augur. (Flandern lief mit dem Sieger unter einer Nummer.)

7. Cairo-Ausgleich. 22 000 Mk. 2400 Meter. 1. Lebensgefährte (Braun), 2. Seehausen, 3. Weser. Tot.: Sieg 46, Platz 18, 16, 18:10. Ferner liefen: Revelin, Anemone, Ikarus, Landratte, Symbo, Prophetin.

Hockeywettspiel am Sonntag, 3 Uhr, auf der Peißnitz am Bootshaus der Ruder-Gesellschaft v. 1874 Nelson, zwischen deren ersten Mannschaft und dem V. f. B.-Erfurt. Erfurt ist als Gegner ernst zu nehmen, denn seine letzten Resultate gegen Weißenfels 2:2 und gegen den Sportklub Erfurt mit 1:1 leisten Gewähr, daß ein lebhaftes Spiel zu erwarten ist.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Zur Lage der Glasindustrie.

Saarbrücken, 22. Oktober. Man kann gegenwärtig eine merkliche Herabsetzung der Preise für Fensterglas infolge der internationalen Ueberproduktion feststellen. In Holland sah sich die Glasfabrik von Maasluis genötigt, ihre Oefen auszublasen und selbst Böhmen sucht vergeblich den Ueberschuß seiner Erzeugung auszuführen. Dabei produziert Böhmen mehr als 10 Millionen Quadratmeter Fensterglas, d. h. fast ebensoviel wie Deutschland. Was die Erzeugung im Saargebiet (ungefähr 2,5 Millionen Quadratmeter) bis Ende Juni betrifft, so übernahm ein französisches Groupement davon ¾, um sie in den zerstörten Gebieten unterzubringen. Augenblicklich bezieht Deutschland wieder den größten Teil der Saarerzeugung, während das Saargebiet nur ungefähr ¼ seiner eigenen Erzeugung exportiert. Man meldet übrigens den Ankauf der Patente Fourcault durch eine englische Gesellschaft, welche die Errichtung von Oefen diesen Systems in Frankreich, England, Holland und Griechenland unternehmen soll. Der Fourcault-Ofen, der die mechanische Herstellung des Fensterglases gestattet, arbeitet schon gegenwärtig in sehr befriedigender Weise in Dampromy und in verschiedenen Glashütten Böhmens.

Erhöhung der Elbefrachten. Infolge des ungünstigen Wasserstandes wurden die Elbefrachten von Hamburg nach der Mittelelbe um 20 Pfg. für je 100 Kilogramm erhöht. Die Frachten nach der oberen Elbe bleiben vorläufig unverändert.

Neue Staatsmittel für die Reichsanleihe A.-G.? Aus Berlin wird gemeldet: Da die Investitionsbestände der zur Stützung des Reichsanleihemarktes von der deutschen Bankwelt mit 400 Mill. Mark eingezahlten Aktienkapitals gegründeten Reichsanleihe A.-G. in Berlin der vorgesehenen Maximalgrenze reichlich nahegekommen sind, soll das Institut dadurch eine Erleichterung erhalten, daß ihm gegenüber die Reichs-Darlehnskassen die Beleihungsgrenzen der Kriegsanleihebestände von 90 auf 95 Prozent erhöhen.

Gründung einer Aktiengesellschaft für Müll- und Schlackenverwertung. Unter der Firma Schmelz- und Hüttenwerk Oberschöneweide A.-G., Berlin, wurde im März d. J. unter der Mitwirkung der Bankfirma Otto Markiewicz eine Aktiengesellschaft mit 4 Millionen Kapital gegründet, deren Zweck der Bau von Müll- und Schlackenverwertungsanlagen war. Die genannte Gesellschaft hat nach jahrelangen wissenschaftlichen und praktischen Arbeiten die für jede Kommune brennende Müllfrage nach zwei Seiten befriedigend gelöst, indem sie nach ihrem „System Suho“ einerseits den Kommunen dazu verhilft, das Müll und die Aschenrückstände restlos durch Umwandlung in Hochbau- und Straßenbaumaterialien, Dampf und elektrische Energie zu verwerten, andererseits über diesen Weg das Defizit der Kommunen aus der Müllwirtschaft in einen positiven Ueberschuß umzuwandeln. Am 1. Oktober d. Js. erfolgte gemeinsam mit der zum Klöckner-Konzern gehörenden Maschinenbau-Anstalt Humboldt, Köln-Kalk, eine Erweiterung resp. Neugründung der Oberschöneweider A.-G. unter der Firma „Gesellschaft für den Bau von Müll- und Schlackenverwertungsanlagen A.-G.“ mit einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark. Die finanzielle Mitwirkung auch bei dieser Gründung liegt gleichfalls in den Händen der Bankfirma Otto Markiewicz. Während die neu gegründete Aktiengesellschaft Projektierung und Bauausführung der Müll- und Schlackenverwertungsanlagen übernommen hat, fällt der alten Stammfirma, Schmelz- und Hüttenwerk Oberschöneweide A.-G., die Aufgabe zu, gemeinsam mit den Kommunen gemischtwirtschaftliche Unternehmungen zu begründen, um die errichteten Anlagen zu betreiben und deren Produkte zu vertreiben.

Die Neuregelung der Eisenpreise. Wie man schreibt, haben die unter der Mehrzahl der Werke geführten Besprechungen die Auffassung ergeben, daß eine weitere Ermäßigung der Preise für gewisse Sorten von Walzprodukten sich nicht umgehen lassen wird. Das bezieht sich vornehmlich auf Draht und einige andere Walzprodukte. Man rechnet hier mit Preisabschlägen im Ausmaße von 400—500 Mk. auf die Tonne. Hinsichtlich etwaiger Preisabschläge auf die Rohmaterialien gehen die Ansichten dahin, daß beispielsweise für Roheisen nach Lage der Verhältnisse eine derartige Maßnahme als nicht zweckmäßig angesichts der Höhe der Selbstkosten erscheint.

Die Kohlenversorgungsbezirke Mitteldeutschlands beschlossen in einer Besprechung in Halle gegen das neue Landabsatzverfahren des Reichskohlenkommissars mit Nachdruck zu protestieren. Die Einrichtung der Kohlenpolizei, welche in Stärke von 25 Mann, die von Leipzig westlich gelegenen Bezirke Mitteldeutschlands zur Unterdrückung des Schleichhandels im Landabsatz kontrollieren soll, wurde für überflüssig erklärt. Die neuen Anordnungen würden lediglich Vermehrung des Schreibwerks und Anstellung neuen Personals bedingen.

Zum Zusammenschluß in der Oelindustrie. Die Generalversammlung der Bremen-Besigheimer Oelfabriken, A.-G., in Bremen beschloß, das Kapital zu erhöhen: 1. bis zu 11,38 Mill. Mark zur Uebernahme von Aktien des Vereins Deutscher Oelfabriken in Mannheim im Verhältnis 3 Mannheimer Aktien mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1921 ab gegen 2 Bremen-Besigheimer Aktien, 2. bis zu 4 Mill. Mark zur Uebernahme von Aktien der Oelfabrik Groß-Gerau in Bremen in demselben Verhältnis, 3. bis zu 9 Mill. Mark, die an ein Konsortium begeben werden sollen mit der Verpflichtung, davon 4 Mill. Mk. den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 2 zu 5 zu pari anzubieten. Sämtliche neuen Aktien sind vom 1. Januar 1921 ab dividendenberechtigt. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, daß über das Ergebnis nach dem Zusammenschluß noch nichts gesagt werden könne. Die Verwaltung hält den Zusammenschluß aber für sehr vorteilhaft, weil man die Hilfe einer holländischen Gesellschaft bei der Beschaffung von Rohmaterialien genießen würde. Die Ergebnisse der Bremen-Besigheimer Oelfabriken seien im laufenden Jahre bisher sehr gut gewesen, so daß auf eine Dividende von mindestens 18 Prozent gerechnet werden könne.

Altenburger Landkraftwerke A.-G. zu Altenburg S.-A. Nach dem Bericht des Vorstandes wurden im abgelaufenen Betriebsjahre trotz der ganz erheblich gestiegenen Materialpreise und Löhne die Hochspannungsanlage und Ortsnetzleitungen abermals erweitert. Die Einnahmen betrugen 1 780 416 (687 993) Mk., während Betriebsausgaben 1 557 536 (469 915) Mk. erforderten, so daß sich ein Reingewinn von 228 046 (222 496) Mk. ergibt, woraus 8 Prozent (wie i. V.) Dividende verteilt werden sollen. Bei einem Aktienkapital von 1 Mill. Mk. erscheinen in der Bilanz Kreditoren mit 971 116 (71 310) Mk., während Außenstände 835 144 (335 323) Mk. betragen.

Mitteldeutsche Zentralhäute-Auktion. Zu Beginn der am Donnerstag in Leipzig stattfindenden mitteldeutschen Zentralhäuteauktion machte sich eine gewisse Abschwächung bemerkbar, so daß die Gebote hinter Frankfurt zurückstanden. Für Großviehhäute ohne Kopf wurden 15 bis 18 Mk. bezahlt.

Mannheimer Häuteauktion. Die Häuteauktion nahm einen flotten Verlauf bei starker Preissteigerung. Die erzielten Erlöse waren für Kuhhäute 14,60—19,30 Mk., Rinderhäute 15,60—19,55 Mk., Ochsenhäute 14,55—18,95 Mk., Farrenhäute 13—18,50 Mk., Fresserfelle 17 Mk., Großviehhäute zweiter Klasse 9,80—14,50 Mk., Kalbfelle 14,45—23,35 Mk. und Hammelfelle bis zu 9,30 Mk.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 22. Oktober. An der Börse hält das außerordentlich lebhafte Hausse-Treiben bei ganz beträchtlichen und zum Teil die bisher dagewesenen überbietenden Kurssprüngen besonders von einzelnen Montanwerten, an. Aber auch auf den anderen Märkten geht es unverändert sehr lebhaft her, und die Kurssteigerungen für Industriewerte setzen sich fort. Im Ausmaße der Steigerung hielten heute den Rekord Thale mit 120 und Buderus mit 75 Prozent. Die anderen bisher begünstigten Montanwerte stiegen ungefähr um 10 bis 20 Prozent. In ähnlichem Ausmaß vermochten auch Anglo Guano, Oberschles. Kokswerte, A. E. G., Schuckert, Siemens u. Halske, Hirsch Kupfer, Orenstein u. Koppel, sowie Aschersleber Kaliwerks-Aktien ihren Kursstand zu erhöhen. Schiffahrtswerte erfuhren ebenfalls Kursbesserungen. Die für die Marktverhältnisse charakteristische Erscheinung der Vernachlässigung der Petroleum-, Kali- und Valutawerte trotz der unveränderten festen Devisenkurse war auch heute zu bemerken. Ruhiger und teilweise abgeschwächt waren die Kurse der drei überseeischen Banken, auch für ausländische Renten ist es mti Ausnahme der wiederum höheren Mexikaner stiller geworden.

Devisenkurse.

Berlin 22. Oktober

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse im Vergleich zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute		Gestern	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam Rotterdam	2160 30	2164,70	2167,80	2172 20
Brüssel-Antwerpen	479,50	480,5[illegible]	480,50	481,50
Christiania	956,50	958,50	964,00	966,00
Kopenhagen	975,00	977,00	982,00	984,00
Stockholm	1377 10	1379,9[illegible]	1383 60	1386,40
Helsingfors	171,80	172,20	181,80	182,20
Italien	263,70	264,30	262 70	263,30
London	241,75	242,25	243,00	243,50
New York	70,33	70,47	70,33	70,47
Paris	455,50	456,50	456,50	457,50
Schweiz	1107,85	1109 65	1108 85	1111,15
Spanien	992,00	994,00	991,50	993,52
Wien (altes)	—	—	22,97	23,03
(Deutsch-Oest. abgest.	23,59½	23,65½	23 47	23,53
Prag	83,77½	83,97½	83,77½	83,97½
Budapest	17,23	17,2[illegible]	17 78	17 82
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 22. Oktober. Im Einklang mit den ermäßigten Auslandsforderungen für Mais stellte sich auch hier die Ware aus zweiter Hand etwas billiger, obwohl sonst die Preise für den Artikel nicht viel verändert waren. In Hülsenfrüchten hatte die Nachfrage nach Erbsen zu Speisezwecken nachgelassen, dagegen hält der Bedarf für solche zu Futterzwecken unverändert an, aber höhere Forderungen sind nur vereinzelt durchzusetzen. Bezeichnend für die Marktlage in Raps und Rübsen bleibt das Drängen nach Ware, das immer noch anhält und wobei die Preise kaum noch eine Rolle spielen. Nach Mohn ist die Nachfrage gleichfalls dringend.

Produktenmarktpreise.

Berlin, 22 Oktober.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg. ab Station.

	Heute	Gestern
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	290—320	290—320
„ „ kleinere	220—65	220—265
Futtererbsen	165—85	165—185
Linsen	400—480	400—480
Peluschken	170—180	170—180
Ackerbohnen	170—85	17 —183
Wicken	140—70	150—165
Lupinen, blaue	80—93	70—85
„ gelbe	100—115	90—110
Seradella, alte	75—90	75—90
„ neue,	100—120	100—120
Vicia villosa,	—	—
Raps	500—505	485—490
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	410—450	390—420
Mohn	600—680	560—640
Senfsaat	220—240	190—230
Hirse, inländisch	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	80—81	81—83
Torfmelasse	67—90	67—69
Wiesenheu, lose	29—33	28—32
Kleeheu	38—42	38—42
Stroh, drahtgepreßt	23—24,00	22—23,50
„ gebündelt	22—23,00	21—22,50
Mais loko Hamburg, Bremen	—	—
„ per	181	188,00
Kartoffeln, sortiert	—	—
Reis, frei Kaiwaggon Hamburg per 1 kg	—	
Brasilian. Vollreis per	9,20	9,30—9,40
„ „ per	9,40	9,10—9,20
Burmareis, 14 tägig per	10,40	10,40
„ per	—	—
Runkelrüben	9,00—9,50	9,50—10,50
Möhren, rote	15—16,00	15—16,00
„ gelbe und weiße	14—15,00	14—15,00

Metallnotierungen.

Berlin, 22. Oktober. (Preise für 100 Kilogramm in Mark.) Raffinade Kupfer 98 bis 99 Prozent 2025—2075. Original Hüttenweichblei 755—775. Orig. Hütten-Rohzink im freien Verkehr 900—920. Remeltidt Plattenzink 600—610. Orig. Hüttenaluminium 98 bis 99 Prozent (in gekerbten Blöckchen) 3450—3550. Orig. Hütten-Aluminium (in Walzdraht oder Drahtwaren) 3650 bis 3750. Zinn (Banca, Straits, Billiton) 6250—6300. Hüttenzinn (mindestens 99 Prozent) 6100—6150. Reinnickel (mindestens 99 Prozent) 4500—4550. Antimon (Regulus) 925—950. Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kilogramm 1425—1430. Elektrolytkupfer 2609

Auch die Rheinische Metallwarenfabrik sichert sich Braunkohle. Eine demnächst stattfindende außerordentliche Generalversammlung der Braunkohlen- und Brikettwerk Berggeist A.-G. in Brühl soll über Neuwahlen zum Aufsichtsrat Beschluß fassen. Wie man erfährt, hängt die Maßnahme zusammen mit der Interessennahme der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf-Derendorf. Diese hat mit der Gesellschaft Berggeist einen Lieferungsvertrag abgeschlossen, auf Grund dessen die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in die Lage kommt, einen großen Teil seiner Brennstoffversorgung durch Benutzung der Braunkohle in eigener Regie vollziehen zu können, was bei der bisher absolut unregelmäßigen und unzulänglichen Lieferung von Ruhrkohle ein großer Vorteil ist. Auch hier ist also die Triebkraft solcher Interessengemeinschaft das Bestreben auf Sicherung einer Kohlenbasis.

Vereinigte Königs- und Laurahütte. Wie die „Frkf. Ztg.“ meldet, hat der Aussiger Kohlenindustrielle Weinmann einen sehr großen Posten Aktien der Vereinigten Königs- und Laurahütte gekauft und wird in der nächsten Generalversammlung eine Vertretung im Aufsichtsrat zugebilligt erhalten. Der Aktienübergang erfolgt offenbar in Kenntnis sowohl der Verwaltungsbankiers wie der durch Aktienbesitz und Kohlenvertrieb der Laurahütte nahestehenden Kohlenfirma Cäsar Wollheim.

Deutsch-Ueberseeische Bank. Wie die „Frkf. Ztg.“ erfährt, ist der Dividendensatz bei der Deutsch-Ueberseeischen Bank zwar noch nicht festgesetzt, wird aber jetzt mit zunehmender Bestimmtheit um 24 Prozent herum zu erwarten sein. Dabei wird, obgleich der Sprung vom vorjährigen 6 Prozent auf diesjährigen 24 Prozent außerordentlich groß ist, dennoch eine erheblich weitere innere Stärkung möglich sein.

Eisenhüttenwerk Keula b. Muskau A.-G. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der zum 15. Dezember cr. einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 (0) Prozent vorzuschlagen. Die Generalversammlung soll ferner Beschluß fassen über eine weitere Erhöhung des Aktienkapitals um 1 200 000 Mk., wovon 1 100 000 Mk. den bisherigen Aktionären zum Kurse von 130 Prozent zur Verfügung gestellt werden. Schließlich soll die Generalversammlung die Genehmigung für eine Obligationsanleihe von 2 Millionen Mark erteilen, deren Begebung je nach eintretendem Bedarf erfolgen wird.

Berliner Börse

vom 22. Oktober 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch.Schatzsch VI—IX	73,00
5% Dtsch. Reichsanl.	79,50
4% „ „	67,30
3½% „ „	57,10
3% „ „	64,50
4% Preuß Konsols	63,0[illegible]
3½% „ „	54,25
3% „ „	50,25
4% Charl. Stadtanl. 89/99	91,60
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs.Neulandsch Pfdbf	101,50
4% Preuß. Centr.Bod. Pfdbf	97,00
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbf. 1911	96,75
4½% Dess.Gas Oblig	100,50
4% DessauerGas Obl.	91,50
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr Kronenrente	23,40
4% Ungar. Goldrente	54,10
4% Ungar. Kronenrente	25,25
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst - Blankenb.	75,00
Halle-Hettstedter	68,50
Schantungbahn	623,00
Allg. Lokal-Str	100,75
Gr. Berl. Str.	121,00
Magdeburger Str.-B.	150,00
Prinz-Heinrich-B.	500,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	100,00
Hambg. Südamerika	249,00
Hansa-Dampfschiff.	303,00
Nordd. Lloyd	184,00
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür	180,00
Berl. Handelsges.	222,25
Commerz-Diskontobank	189,50
Darmstädter Bank	168,00
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	327,00
Diskonto-Comm.	229,50
Dresdner Bank	210,00
Leipzig. Credit-Anst.	180,00
Mitteld. Kreditbank	165,00
Mitteld. Privatbank	181,50
Nationalbank	172,00
Oesterr. Kredit	83,75
Reichsbank	151,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	325,00
Akt. f. Anilin	415,00
Allgem Elektr. Ges.	315,00
Ammendorfer Papierfabrik	770,00
Anhalter Kohlenw.	330,00
Annaberger Steingut	
Badische Anilin	492,00
Bergmann Elekt.Akt	257,00
Berl. Masch.-Bau	398,00
Bismarckhütte	712,00
Bochumer Gußstahl	6[illegible]5,00
Chem.-Fabr. Buckau	434,00
Chem Griesheim	347,75
Chem. Heyden	445,00
Consolidation Schalk	76,00
CröllwitzerPapierfbk	325,00
Daimler Motoren	248,75
Deutsche Luxemburg	400,00
Deutsche Treuhandgesellschaft	1052,00
Deutsche Erdöl	1725,00
Deutsche Gasglühl.	—
Deutsche Kali	467,00
Deutsche Waffen und Mun.	439,75
Donnersmarckhütte	485,00
Döring & Lehrmann	20,00
Dürrkoppwerk	—
Engelhardt-Brauerei	290,00
Elberfelder Farben	438,00
Felten & Guillaume	495,00
Gasmotoren Deutz	238,00
Gebhard & Co.	675,00
Gebhard & König	298,75
Gelsenkirchen Berg.	400,00
Glauziger-Zuckerfbk	561,00
Hallesche Maschfbk.	760,00
Hann. Masch.	525,00
Harpener Berg	472,00
Hasper Eisen	720,00
Hirsch Kupfer	365,00
Höchster Farbwerke	396,00
Hoesch Eisen u. Stahl	636,00
Hohenlohe Werke	268,50
Humboldt Masch.	227,00
Ilse Bergbau	400,00
Kahla Porzellan	546,00
Kaliw. Aschersleben	521,00
Körbisd. Zucker-Akt.	
Kyffhäuserhütte	—
Lehmeyer & Co.	215,00
Lauchhammer	—
Laurahütte	437,00
Linke & Hofmann	452,25
Ludwig Loewe & Co.	410,00
Lothringer Hütte	385,00
Mannesmannröhren	567,00
Masch.-Fabr. Buckau	385,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	295,00
do. Caro Hag.	305,00
do. Kokswerke	560,00
Orenstein & Koppel	384,50
Phönix Berg	657,50
Rhein. Metall-Vorz.	350,00
Rhein. Stahlwaren	555,00
Riebeck. Montan	400,00
Rombacher Hütten	874,25
Rositzer Braunk.	388,50
Rositzer Zucker	316,00
Sangerhäuser Masch.	741,00
HugoSchneider A.-G.	334,50
Schuckert & Co.	252,00
Siemens & Halske	350,00
Stettiner Cham.	400,00
Stettiner Vulkan	322,75
Stollberger Zinkh.	410,50
Strals. Spielkarten	—
Thale-Eisenhütte	920,00
Triptis Porzellan	315,00
Türk. Tabakregie	945,00
Ver. Köln-Rottweiler	420,00
Ver. Glanzstoff	798,00
Wegelin & Hübner	—
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	1019,00
Wittener Gußstahl	970,00
Wrede Mälzerei	200,00
Zeitzer Masch.	635,00
Zellstoff Walthof	471,00
Otavi-Minen	795,00
Hildebrand, Mühlen	827,00

Tendenz: fest.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig, den 22. Oktober 1920.

Chemnitzer Bankverein	175,00	Mansfelder Kuxe	4940,00
Leipziger Hypoth. Bank	152,00	Oelsnitzer Kuxe	980,00
Mitteld. Privatbank	182,00	Pittler, Leipzig	429,50
Cröllwitzer Papierfabk.	—	Prehlitzer Stamm-Akt.	1500,00
Glauziger Zuckerfabk.	560,00	„ Priorit.-Akt.	2000,00
Gr. Leipziger Strassenbahn	149,50	Riebeckbier	226,00
		„ Vorzugs-Akt.	124,00
Hallesche Zuckerfabk.	375,00	Rositzer Zuckerfabk.	314,50
„ Zementfabk.	147,50	Rudelsburger Zementfabk.	—
Hugo Schneider, Paunsd.	330,00	Sachsenwerk	445,00
Körbisd. Zuckerfabk.	395,00	Sondermann u. Stier	235,00
Leipziger Kammgarnspinnerei	404,00	Stöhr u. Co.	550,00
Leipziger Malzfabrik	158,00	Zimmermann, Halle	185,00
		Zimmermann, Chemnitz	238,00

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Marsella; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H. Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201023015/fragment/page=0004